
FDP Maintal

RENTE MIT 63 IST EINE MOGELPACKUNG

19.05.2014

MAIN-KINZIG LIBERALE BETEILIGEN SICH AN DEMONSTRATION GEGEN RENTENBESCHLÜSSE

„Die Rente mit 63 ist eine Mogelpackung und das müssen wir deutlich machen!“ begründete Anke Pfeil, Kreisvorsitzende der FDP Main-Kinzig, die Teilnahme vieler Mitglieder des Kreisverbandes an einer Demonstration gegen die Pläne der Bundesregierung zur sogenannten Rentenreform. „Die große Koalition ist fest entschlossen, die Rente mit 63 und die Mütterrente tatsächlich umzusetzen und damit die Bürger nach Expertenschätzung mit Mehrkosten von 230 Milliarden Euro in den nächsten 15 Jahren zu belasten.“ macht die Schönecker Liberale deutlich, welche großen Belastungen die Bundesregierung auf Bürger und Wirtschaft abladen möchte. Mit ihrer Protestkundgebung am vergangenen Samstag haben deshalb die Hessischen Liberalen gegen diese unverantwortliche Politik in Wiesbaden Front gemacht. Neben Anke Pfeil waren unter anderem auch der Kreistagsfraktionsvorsitzende Alexander Noll, das Kreisausschussmitglied Liselotte Pfeil und der Maintaler Fraktionsvorsitzende Thomas Schäfer dem Aufruf des Landesvorsitzenden Stefan Ruppert zur Demonstration gefolgt.

„CDU und SPD beglücken einzelne mit teuren Geschenken und kümmern sich überhaupt nicht um die Folgen für das Gemeinwesen.“ ergänzt der Maintaler FDP-Fraktionsvorsitzende Thomas Schäfer und weist darauf hin, dass die große Koalition mit ihren Plänen mit einem Schlag die ganzen Anstrengungen der letzten zehn Jahre zu Stabilisierung der Rentenversicherung zunichte macht. Anstatt den Reformweg weiterzugehen und die Rente fit für die Zukunft aller Generationen zu machen, wird das Fundament des Rentensystems ausgehöhlt. „Das Rentenpakt der großen Koalition ist vor allem nicht enkelfit.“ erläuterte Anke Pfeil die Auswirkungen, die gerade die junge Generation treffen werden. Unter anderem durch steigende Rentenbeiträge, die absehbar

auf bis zu 28 Prozent ansteigen können, werden die jungen Menschen belastet. Ein heute 13-Jähriger muss im Laufe seines Lebens durchschnittlich 77.000 Euro mehr in die Rentenkasse einzahlen, als er selbst an Rente beziehen wird.

„Wir wollen vielmehr die Eigenverantwortung der Menschen stärken und Raum für individuelle Altersvorsorge schaffen.“ erklärt Thomas Schäfer den Ansatz der FDP, den Bürgern Freiraum für die eigene Lebensplanung zu sichern. Das Rentensystem soll flexibler ausgestaltet werden. „Weil unsere Lebenswege heute sehr unterschiedlich sind, wird ein Einheitsrentensystem unseren Ansprüchen nicht mehr gerecht.“ so der liberale Politiker.

Zeitgemäß und innovativ ist für die Liberalen daher ein Modell des flexiblen Renteneintritts nach schwedischem Vorbild. Dieses Konzept für einen flexiblen Renteneintritt sieht vor, dass alle Versicherten ab dem 60. Lebensjahr frei entscheiden dürfen, wann und wie sie in Rente gehen. Die Erfüllung einer bestimmten Anzahl von Beitragsjahren wie bei der Rente mit 63 ist nicht erforderlich. Dies ist auch gar nicht sachgerecht. Denn es ist für die Liberalen nicht einzusehen, warum ausgerechnet mit 45 Beitragsjahren im Büro ein vorzeitiger Renteneintritt winkt, mit 44,5 Jahren harter, körperlicher Arbeit aber nicht.

„Voraussetzung für einen Renteneintritt schon ab 60 soll nach unserer Vorstellung nur sein, dass das Einkommen aus gesetzlicher Rente sowie betrieblicher und privater Altersvorsorge oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt.“ stellt Anke Pfeil das Modell vor. Ab dem 60. Lebensjahr entsteht dadurch ein Korridor, in dem der Zeitpunkt des Renteneintritts frei gewählt werden kann. Wer früher in Rente geht, erhält eine geringere Rente, wer später geht, eine höhere Rente. Das schwedische Beispiel bestätigt dies nach Meinung der Liberalen eindrucksvoll. Trotz oder gerade wegen der Möglichkeit eines flexiblen Renteneintritts ab dem 61. Lebensjahr hat Schweden das höchste faktische Durchschnittsrenteneintrittsalter in ganz Europa. Die Schweden gehen mehr als zwei Jahre später als die Deutschen in den Ruhestand.